

■ Mitte der siebziger Jahre, so der Tübinger Historiker Anselm Doering-Manteuffel, ging eine Epoche zu Ende, die späteren Analytikern als „Golden Age“ erscheint. Was war das spezifisch Goldene daran? Und was folgte danach und wie läßt es sich begrifflich fassen? Doering-Manteuffel plädiert für eine konsequente Historisierung der Zeit vor dem Epochenbruch, um den Wandel vom damals lange dominanten keynesianischen Gesellschaftsmodell zum sogenannten „neoliberalen“ Modell aufzuschlüsseln zu können. Er erkennt darin das Problem eines neuen Forschungsansatzes. ■

Anselm Doering-Manteuffel

## Nach dem Boom

Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970

Der Boom – mit diesem Wort wird eine Epoche in der Geschichte des 20. Jahrhunderts umschrieben, die schon bald nach ihrem Ende von den Zeitgenossen in einer Mischung aus Enthusiasmus und Nostalgie als gute, ja bessere Zeit beschworen wurde. „Les Trente Glorieuses“ hieß es in Frankreich bei Jean Fourastié, der damit eine stehende Redewendung schuf. „The Society of Success“ formulierte Anthony Sutcliffe in England. Eric Hobsbawm sprach in seiner Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts vom „Golden Age“, und er nahm in diesem Werk eine Unterteilung des Jahrhunderts vor, welche die Epoche des Booms nur um so klarer ins Licht stellte: Dem „Katastrophenzeitalter“ von 1914 bis 1945 folgte das „Goldene Zeitalter“ nach 1945, das 1975 mit einem „Erdrutsch“ zu Ende ging<sup>1</sup>.

Die Zeit des Booms waren die Jahrzehnte vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Mitte der 1970er Jahre. Wir haben zu diskutieren, was diese Epoche so golden, so glorios erscheinen ließ, um die Frage<sup>2</sup> anschließen zu können, was nach dem Ende des Booms eigentlich geschah und wie das Geschehene zeithistorisch

<sup>1</sup> Vgl. Jean Fourastié, *Les trente glorieuses, ou la révolution invisible des 1946 à 1975*, Paris 1979; ders., *D'une France à une autre: avant et après les Trente Glorieuses*, Paris 1987; Anthony Sutcliffe, *An economic and social history of Western Europe since 1945*, London 1996, S. 136 und passim; Eric Hobsbawm, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, London 1994 (Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995); Hartmut Kaelble, *Vers une histoire sociale et culturelle de l'Europe pendant des années de l'„Après-Prospérité“*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire* 84 (2004), S. 169–179; ders., *Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa*, Opladen 1992.

<sup>2</sup> Dieser Aufsatz skizziert den Problemhorizont eines Forschungsvorhabens, das im Verbund des Tübinger Seminars für Zeitgeschichte und des Trierer Lehrstuhls für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte (Lutz Raphael) durchgeführt wird. Frühere Fassungen des Textes habe ich im Neuzeit-Kolloquium in Trier und im Institut für Zeitgeschichte in München vorstellen dürfen. Die Anregungen aus der intensiven Diskussion an beiden Orten waren mir eine große Hilfe. Die Leitfragen und Arbeitshypothesen des vorliegenden Texts wurden seit 2005 im Tübinger zeitgeschichtlichen Oberseminar konzipiert, ein Entwurf dieser Thesen dort kritisch diskutiert. Den Teilnehmern meines Oberseminars gilt mein besonderer Dank.

klassifiziert werden kann. Wie läßt sich die Zeit „nach dem Boom“ in die Geschichte des 20. Jahrhunderts einordnen?

Über die 1970er und 1980er Jahre wissen wir dank verschiedener neuer Studien inzwischen recht gut Bescheid<sup>3</sup>. Bisher ist allerdings kaum darüber nachgedacht worden, ob die Jahrzehnte seit etwa 1970 allein im Kontinuum der Nachkriegsgeschichte zu betrachten sind oder ob sie nicht auch, vielleicht sogar überwiegend, als der Beginn einer neuen Epoche, als eigenständiger Abschnitt der Zeitgeschichte, beschrieben werden müssen. So bleibt vorerst offen, mit welchen historischen Leitfragen und theoretischen Kriterien die Entwicklung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts analysiert werden könnte. Geht man von der Hypothese aus, daß mit dem Ende des Nachkriegsbooms eine klar definierbare Epoche auslief und eine neue, andere Zeit begann, muß zunächst geklärt werden, wie die Veränderungen der Industriemoderne seit 1970/75 in Wirtschaft, Staat und Politik, in der Gesellschaft und schließlich in den Wertorientierungen des Gemeinwesens beschaffen waren. Wie können wir den Wandel so erfassen, daß nicht nur Niedergang ins Auge sticht, sondern das Neuartige, Andere, Ungeübte historisch aufgeschlüsselt und erklärt werden kann?

In den neunziger Jahren und an der Wende zum 21. Jahrhundert hatte die Transformation der Industriesysteme des Westens (und in anderer Form in den zum Kapitalismus konvertierten Ländern des Ostblocks) ein derart rasantes Tempo angenommen, daß die revolutionäre Wucht des Geschehens nicht länger zu ignorieren war. Die Anpassung überkommener Handlungsprinzipien und Gewohnheiten an die veränderten Bedingungen allein im westeuropäischen und deutschen Rahmen wollte immer weniger gelingen. Artefakte und Zuehplätze der vergangenen Epoche verschwanden fast über Nacht – seien es Industriefabriken, mittelständische Betriebe oder etablierte Einzelhandelsgeschäfte, seien es Institutionen des Kulturbetriebs. Je mehr abgeräumt wurde, desto mehr wurde Nostalgie in der Alltagswelt zu einem guten Geschäft. Ein Unternehmen, das mit dem Werbeslogan daherkam: „Es gibt sie noch, die guten Dinge“, konnte der Nachfrage gewiß sein<sup>4</sup>.

<sup>3</sup> Vgl. Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999; Andreas Rödder, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004; *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004) mit dem Rahmenthema „Die Siebzigerjahre. Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland“; Edgar Wolfrum, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006; Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006. Vgl. für Frankreich Timothy B. Smith, *France in Crisis. Welfare, Inequality, and Globalization since 1980*, Cambridge 2004; für England Roderick Floud/Paul Johnson (Hrsg.), *The Cambridge Economic History of Modern Britain*, Bd. 3: *Structural Change and Growth, 1939–2000*, Cambridge 2004; Richard Heffernan, *New Labour and Thatcherism. Political Change in Britain*, London/New York 2001; für Westeuropa Colin Crouch, *Social Change in Western Europe*, Oxford 1999.

<sup>4</sup> Die Firma „Manufactum“ wurde 1988 von Thomas Hoof gegründet und kommerzialisiert in bisweilen ironischer Inszenierung den wertkonservativen Rückbezug auf Gebrauchsgüter aus Werkstoffen und Produktionsformen der mechanisch-maschinellen Herstellung. Mit dem Stammsitz in der Alten Zeche Hibernia in Waltrop repräsentiert Manufactum heute die erfolgreiche Verbindung von Musealisierung und Bewahrung alter Industrieanlagen vor der endgülti-

Nostalgische Rückwendung ist nicht nur Reaktion auf das revolutionäre Tempo der Veränderungen in Wirtschaft, Arbeitswelt und Alltag, sondern auch Ausdruck des Sachverhalts, daß eine Jahrzehnte alte mentale Prägung in den westeuropäischen Gesellschaften des früheren EWG-Raumes, aber auch in Großbritannien und den skandinavischen Ländern, mit der Wirklichkeit an der Jahrhundertwende nicht mehr harmonierte. Nicht nur der Osten hatte mit 1989/90 seinen Kosmos verloren, sondern der Westen auch<sup>5</sup>. Gewohnheit und Prägung einerseits, Anforderung und Zukunftserwartung andererseits, paßten oftmals nicht mehr zusammen. Das wirkte verstörend und lähmend auf die einen, begeisternd und anstachelnd auf die anderen. Worin aber lag das Neue? Wie sind die Jahrzehnte seit dem Ende des Nachkriegsbooms unter dem Gesichtspunkt von Bewahrung und Erneuerung einzuschätzen, welche Merkmale strukturellen Wandels und mentalen Verharrens lassen sich erkennen?

Der Übergang vom „Goldenen Zeitalter“ zum „Erdrutsch“, um noch einmal Hobsbawm zu bemühen, erfolgte schrittweise und vielfach unbemerkt. Er markierte keinen Einschnitt wie das Kriegsende 1918, 1945 oder der Kollaps des Ostblocks 1989/90. Trotz der revolutionären Wucht, welche die marktliberale Aufspaltung und technologische Überwindung nationalstaatlicher Bezugsräume und nationaler Industriesysteme seit den 1980er Jahren kennzeichnete, gab es keine rational oder emotional erfahrbare Zäsur<sup>6</sup>. Das Jahr 1989/90 jedenfalls brachte sie nicht. Es bedeutete vielmehr einen Einschnitt der Politik- und Staatengeschichte, der in sich selbst schon eine Begleiterscheinung des Strukturwandels war<sup>7</sup>.

Veränderung und revolutionärer Wandel wurden im Verlauf von etwa zwei Jahrzehnten zu einer Alltagserfahrung. Sie schlossen Verlust und Einschränkung ebenso in sich wie den Zugang zu neuen technischen Möglichkeiten. Die Öffnung weiter, kurz zuvor noch fast unvorstellbar umfassender globaler Aktionsräume prägte die Erfahrung ganzer Berufsgruppen und wirkte auf den Alltag der Konsum- und „Erlebnisgesellschaft“ ein<sup>8</sup>.

Angesichts dieser Gegebenheiten plädiert der vorliegende Text für eine unterschiedene, systematische Historisierung der Epoche des Booms. Solange die

---

gen Zerstörung mit einem Geschäftskonzept, das nicht nur auf die Wohlhabenden zielt, sondern trendkonform mit dem Elitarismus der neuen marktliberalen Ökonomie spielt.

<sup>5</sup> Vgl. Charles S. Maier, *Two Sorts of Crisis? The „long“ 1970s in the West and the East*, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 49–62; ders., *Dissolution. The crisis of Communism and the end of East Germany*, Princeton/NJ 1997.

<sup>6</sup> Vgl. Mathias Albert u. a., *Die Neue Weltwirtschaft. Entstofflichung und Entgrenzung der Ökonomie*, Frankfurt a. M. 1999; Manuel Castells, *Das Informationszeitalter*, 3 Bde., Opladen 2001–2003; Luc Boltanski/Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003.

<sup>7</sup> Vgl. Maier, *Two Sorts of Crisis?*, in: Hockerts (Hrsg.), *Koordinaten*; ders., *Dissolution*; Gerhard A. Ritter, *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, München 2006. Vgl. auch Franz-Xaver Kaufmann, *Herausforderungen des Sozialstaates*, Frankfurt a. M. 1997.

<sup>8</sup> Vgl. Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt a. M./New York 1992.

Geschichtswissenschaft sich darauf konzentriert, die Abläufe und Eigenheiten der Nachkriegsentwicklung in den fünfziger, sechziger und – gegenwärtig – den siebziger und achtziger Jahren zu untersuchen, bleibt sie gefangen im Selbstverständnis einer Epoche, deren Ende zu analysieren wäre. Wenn wir uns dieser Einsicht verschließen, gerät jedes zeithistorische Urteil über die zurückliegenden drei Jahrzehnte zwangsläufig zur abwehrenden Kritik des Wandels oder kulturpessimistischen Beschreibung von Niedergang und Verlust. Das Geschehen selbst entzieht sich darüber allerdings der Erkenntnis. Die rationale Analyse der Zeit nach dem Boom setzt die Historisierung der Epoche selbst und gleichermaßen ihrer erkenntnistheoretischen Leitbegriffe voraus.

Auf den folgenden Seiten werden zunächst die Erscheinungsformen der politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung von den späten 1960er bis zu den frühen 1990er Jahren am westdeutschen Beispiel skizziert. Von hier aus läßt sich eine Perspektive auf Transformationsprozesse in den westlichen Ländern seit 1970 gewinnen, die in den nächsten Jahren durch zeithistorische Forschung näher zu erschließen sind, um die geschichtswissenschaftliche Analyse mit den weiter fortgeschrittenen Ergebnissen der – allerdings überwiegend ohne historischen Tiefgang argumentierenden – Sozialwissenschaften abzugleichen<sup>9</sup> (I). In einem zweiten Schritt ist dann der Wandel vom Gesellschaftsmodell der Boom-Epoche zu einem anderen, neuen Gesellschaftsmodell an der Schwelle des 21. Jahrhunderts zu untersuchen. Es handelte sich um einen Wandel, der sowohl die Produktionsregime als auch den technologischen Stil betraf und, alles in allem, einen Paradigmenwechsel in der Entwicklung der Industriemoderne bedeutet haben dürfte. Das Zusammenspiel des revolutionären Strukturwandels in der Wirtschaft mit dem Aufkommen neuer Handlungsmuster in Staat und Gesellschaft und veränderten Wertorientierungen in den westlichen Industrieländern insgesamt bedarf der systematischen Untersuchung (II). Abschließend wird das Postulat einer Historisierung der Epoche des Booms zu begründen sein, um die zeithistorische Durchdringung der Jahrzehnte nach dem Boom zu ermöglichen. In der Geschichtswissenschaft zeigen sich schon seit längerem Anzeichen dafür, daß diese Notwendigkeit erkannt und auch in die Forschungspraxis übertragen wird. Solange aber die systematische Reflexion noch aussteht, bleiben die Grundbedingungen rationaler Analysen im Unklaren (III).

## **I. Soziale Entwicklung in der Bundesrepublik und das Gesellschaftsmodell der siebziger Jahre**

Die siebziger Jahre erscheinen auf den ersten Blick als Jahrzehnt eines markanten historischen Widerspruchs. Zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten, Turbulenzen im Weltwährungssystem, abnehmende Nachfrage nach westeuropäi-

<sup>9</sup> Ansätze einer historischen Perspektive bietet Volker Borschier, *Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel*, Zürich 1998. Der gegenwartsbezogene Blick überwiegt jedoch und bedarf der zeithistorischen Vertiefung. Vgl. Castells, *Das Informationszeitalter*; Albert u. a., *Die Neue Weltwirtschaft*; Boltanski/Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*.

schen und deutschen Industriegütern auf dem Weltmarkt, rasch anwachsende Arbeitslosigkeit und hohe Inflationsraten gingen einher mit der exorbitanten Ausweitung des Sozialstaats und einem rasant ansteigenden Massenkonsum. Dieser Sachverhalt bildete das Kennzeichen des Jahrzehnts bis in die achtziger Jahre und wurde schließlich auch zum Merkmal der deutsch-deutschen Vereinigung 1989/90<sup>10</sup>.

Die widersprüchliche Entwicklung gilt es zunächst nachzuvollziehen, um das Auseinanderdriften zweier Entwicklungsstränge beobachten zu können. Im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren begannen die materiellen Fundamente aus dem sogenannten „Wirtschaftswunder“ wegzubrechen<sup>11</sup>. In der Industrie, zumal der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, setzte eine mühevoll umstrukturierte ein. Gleichzeitig begann die Erfahrung der Boomjahre in die Breite zu wirken. Diese Erfahrung nahm das Erreichte als Besitz auf Dauer an und betrachtete es deshalb als festen Bestandteil der Alltagspraxis im öffentlichen und privaten Bereich. Die zeitverschobene Überlagerung von Strukturwandel in der Industrieproduktion und in der Weltwirtschaft auf der einen Seite und, auf der anderen Seite, von Handlungsmustern bei den Tarifpartnern, in der Politik und der Bevölkerung, die dem Wandel nicht entsprachen, charakterisierte für mehr als zwei Jahrzehnte zunächst das bundesdeutsche, dann das gesamtdeutsche Gemeinwesen.

Um 1970 hatten sich inflationäre Tendenzen in den westlichen Industrieländern bemerkbar gemacht, die zur Rationalisierung industrieller Produktion und zum Abbau von Arbeitsplätzen führten. In dieser Zeit rutschten Industriebranchen eines traditionellen Typs in die Krise, an deren Ende in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren die Insolvenz der meisten Unternehmen und, mehr oder weniger, das Erlöschen ganzer Produktionszweige stand. Das betraf die Textilindustrie, den Bergbau und Schiffsbau, die mit hoher Sach- und Kapitalausstattung, einem geringen Grad an Automation und vielen Arbeitskräften produzierten<sup>12</sup>. Webereien, Spinnereien, „der Püt“ und die Werft repräsentierten Inszenierungen industrieller Welt seit der Jahrhundertwende um 1900, die zwar

<sup>10</sup> Vgl. Rödder, Bundesrepublik Deutschland; Gerold Ambrosius, Agrarstaat oder Industriestaat – Industriegesellschaft oder Dienstleistungsgesellschaft? Zum sektoralen Strukturwandel im 20. Jahrhundert, in: Reinhard Spree (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 50–69; Harold James, Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft, München 1997.

<sup>11</sup> Vgl. Knut Borchardt, Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?, in: Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 21–33; Werner Abelshausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S. 315–360.

<sup>12</sup> Vgl. Markus Häcker, Die Textilindustrie in Oberfranken und ihre Überlebensfähigkeit im wiedervereinigten Deutschland, phil. Diss., Erlangen-Nürnberg 1994; Christian G. Schulze zur Wiesch, Die Entwicklung der Textilindustrie am Mittleren Niederrhein nach 1945, phil. Diss., Münster 1997; Christoph Nonn, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969, Göttingen 2001; Bo Stråth, The Politics of De-Industrialization. The Contraction of the West-European Shipbuilding Industry, London 1987; Götz Albert, Wettbewerbsfähigkeit und Krise der deutschen Schiffbauindustrie 1945–1990, Frankfurt a. M. 1998.

Zug um Zug renoviert und technisch modernisiert, indessen strukturell unverändert geblieben waren. Es handelte sich um maschinell-manuelle Industrieproduktion mit einem hohen Bedarf an Arbeitskräften beiderlei Geschlechts. Der Wandel der Wirtschaftsstruktur machte diese Arbeitskräfte überflüssig, und es gab kaum Ersatz auf dem Markt der industriellen Handarbeit.

Das Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich in den siebziger Jahren im Rahmen des langfristigen Trends aufwärts. Darin spiegelte sich die Ausweitung einer wissensökonomisch gestützten Produktion, die man zunächst als Expansion des Dienstleistungssektors auffaßte. Sie veränderte die Erscheinungsform der westdeutschen Industriegesellschaft. Seit 1970 hörte die Bundesrepublik allmählich auf, ein Industrieland traditionellen Typs zu sein, wie es nach der Reichsgründung auf der Grundlage von Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie in der damals sehr modernen Form von verwissenschaftlichter Produktion entstanden war<sup>13</sup>. Der Übergang zu den Dienstleistungsberufen vollzog sich auch innerhalb der Industrie, ließ den „kombinierten Industrie-Dienstleistungssektor“ stark anwachsen und schuf einen neuen Typus des Arbeitnehmers als *white collar worker* an den zunehmend mikroelektronisch gesteuerten „Maschinen“ seines Unternehmens. Dieser Übergang beseitigte die beherrschende Stellung der Industrie im sozialökonomischen und politischen Gefüge der Bundesrepublik keineswegs. Hier vollzog sich vielmehr ein Wandel innerhalb der Industriemoderne, ohne daß die industrielle Welt selbst an ihr Ende kam<sup>14</sup>. Wir betrachten das als Anhaltspunkt für die Hypothese, daß sich in dieser Zeit ein Paradigmenwechsel innerhalb der Industriemoderne vollzog, der schwerlich als Übergang in eine postindustrielle Konstellation bezeichnet werden kann.

Der „lange Abschied vom Malocher“<sup>15</sup> zwischen den mittleren 1960er und den frühen 1990er Jahren war Ausdruck eines Wandels der Weltwirtschaft, der auf die Strukturen der Industrieproduktion in den westlichen Ländern einwirkte und unausweichlich einen sozialkulturellen Wandel nach sich ziehen mußte. Als die Maschinenwelt des montanindustriellen Zeitalters langsam unterging, wurde die Masse der Arbeiter nicht mehr gebraucht. Erscheinungsbild und Habitus des Industrieproletariats prägten nicht länger die Alltagskultur. Mit den Arbeitsplätzen in der Montanindustrie verschwanden auch die Arbeitsplätze in ähnlichen Sektoren. 1977 nahm die Bundesbahn die letzten Dampflokomotiven vom Gleis, deren Besatzung – Lokführer und Heizer – eine den Hüttenwerkern vergleichbare Arbeit leisteten. Lokschuppen, Drehscheiben und Rangierbahnhöfe wurden

<sup>13</sup> Vgl. Abelshausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 39–44 u. S. 408–416, der unterstreicht, daß das Erfolgsmodell des „Wirtschaftswunders“ sich so lange halten können, weil die institutionellen Rahmenbedingungen der deutschen Wirtschaft von Anbeginn als Antwort auf Tendenzen zur Internationalisierung der Märkte und Verwissenschaftlichung der Produktion konzipiert worden waren und man hier einen Kontinuitätsstrang vom Kaiserreich bis in die Nachkriegszeit zu fassen bekommt.

<sup>14</sup> Ambrosius, Agrarstaat oder Industriestaat, in: Spree (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft, S. 64, hier zit. nach Rödter, Bundesrepublik Deutschland, S. 176.

<sup>15</sup> Vgl. Wolfgang Hindrichs u. a., Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000.

abgeschafft und umgebaut. Auf dem riesigen innerstädtischen Areal des Rangierbahnhofs Köln-Gereon steht heute, gewiß nicht zufällig, der „MediaPark“ Köln<sup>16</sup>.

Im August 1971 fand das System von Bretton Woods sein Ende, mit dem die USA seit 1944 ein Welthandelssystem auf der Basis fester Wechselkurse bei freier Konvertierbarkeit der Währungen begründet hatten. Die Freigabe der Wechselkurse dokumentierte die relative Schwäche der amerikanischen Währung infolge des Vietnamkriegs und führte in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zu einem anarchischen Zustand im internationalen Währungssystem. Befürchtungen mehrten sich, daß sich die Krise der europäischen Wirtschaft daraufhin noch verschärfen werde. „Will Europe slump?“, fragte der englische „Economist“ bereits im Oktober 1971<sup>17</sup>. Schon zuvor hatten sich der Niedergang des Dollars und die weltweite kontinuierliche Inflation auch auf die Rohölpreise ausgewirkt, indem die faktische Abwertung der Währung bei gleichbleibendem Preis des Rohstoffs den Wert des Öls immer weiter reduzierte. Als die Währungsschwankungen nach dem Ende von Bretton Woods in den europäischen Industrieländern den Wertverlust des Dollars deutlich werden ließen, begannen die Erzeugerländer unruhig zu werden, weil Rohöl auf dem Weltmarkt in Dollar abgerechnet wurde. So baute sich Druck auf, den Ölpreis zu erhöhen, und der Yom-Kippur-Krieg zwischen Israel und Ägypten beziehungsweise Syrien 1973 lieferte nur den Vorwand für drastische Preiserhöhungen. Zugleich bot er die willkommene Gelegenheit, um das Öl als Waffe gegen die Industrieländer einzusetzen, weil diese Israel und dessen Politik gegenüber den Palästinensern seit 1967 unterstützten<sup>18</sup>.

Die Ölkrise und die autofreien Sonntage des Spätherbstes 1973 bildeten in der Erinnerung der Mitlebenden eine tiefe Zäsur und sind aus der Rückschau gar zum Symbol für das Ende des Booms geworden. Der Preisschock traf die Industrieländer unerwartet, weil sie auf den Zusammenhang zwischen Rohstoffpreis und Währungssystem nicht weiter geachtet hatten. Darin zeigte sich ganz markant das Auseinandertreten von krisenhafter Entwicklung der Industriegesellschaft hier und einer verbreiteten gesellschaftlichen Nicht-Wahrnehmung dieser Entwicklung dort. Bis zum Jahresende 1973 stieg der Ölpreis um das Vierfache und verstärkte damit die Wirkungen des industriellen Strukturumbruchs. Die Ursachen lagen jedoch woanders<sup>19</sup>.

### *Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik und die Blütezeit staatlicher Rahmenplanung*

Die mangelnde Wahrnehmung der Ursachen hatten Parteien und Regierungen seit Mitte der sechziger Jahre unbeabsichtigt verschuldet. Die Große Koalition

<sup>16</sup> Vgl. Tobias Gerstung, Glasfaser statt Eisenbahngleis. Eine Stadt sucht ihre Zukunft – Die Geschichte des MediaParks Köln, Ms., Tübingen 2007.

<sup>17</sup> The Economist vom 16. 10. 1971.

<sup>18</sup> Vgl. James, Rambouillet, 15. November 1975; Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996.

<sup>19</sup> Vgl. Thomas Ellwein, Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, München 1989, S. 52–56.

seit 1966 betrachtete die Globalsteuerung der Wirtschaft als Aufgabe der Politik und brachte die Regierung als Partner der Tarifparteien zum Nutzen der konjunkturellen Entwicklung ins Spiel. Nach 1966 wurde staatliche Planung zum Erfordernis deklariert, und die mittelfristige Finanzplanung sowie das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ (1967) gaben diesem neuen Prinzip politischen Handelns Ausdruck. Das Stabilitätsgesetz verpflichtete den Bund und die Länder, in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Es seien Maßnahmen zu treffen, die im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig die Stabilität des Preisniveaus, einen hohen Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum sicherstellen könnten<sup>20</sup>. Planung wurde als Voraussetzung einer besseren Ordnung begriffen, die nach rationalen Kriterien und auf der Grundlage wissenschaftlicher Expertise zu entwerfen war. Diese Vision machte das Gemeinwesen in seiner Gesamtheit zum Gegenstand des steuernden Einflusses von staatlicher Seite, und der Staat bediente sich dazu einer neuen Elite professioneller Experten<sup>21</sup>.

Die Blütezeit dieses Handlungsmusters bildete das Jahrzehnt von 1965 bis 1975, als Konsenskapitalismus<sup>22</sup> und Konsensliberalismus<sup>23</sup> aus dem atlantischen Ordnungsdenken der 1930er und 1940er Jahre nach einer Inkubationszeit von knapp zwei Jahrzehnten in Westeuropa und der Bundesrepublik zum Durchbruch kamen. Im Zuge dieser „Westernisierung“ sozialdemokratischer und sozialliberaler Eliten in der westdeutschen Gesellschaft und Politik<sup>24</sup> breitete sich, simultan mit der Vision planerischer Bewältigung der Zukunftsaufgaben auch eine Sicht auf das Gemeinwesen als Ganzes aus, die alsbald den historisch gewachsenen, traditionellen Sozialstaat erfaßte und seine Ausgestaltung in Angriff nahm<sup>25</sup>.

Planung und Modernisierung standen in einem engen, kausalen Handlungszusammenhang. Sie waren an die Voraussetzung von Wirtschaftswachstum und beträchtlichen Verteilungsspielräumen der öffentlichen Hand gebunden. Beim

<sup>20</sup> Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, §1, hier zit. nach Abelshäuser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 410–413.

<sup>21</sup> Vgl. Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u. a. 2005; Harold Perkin, The Third Revolution. Professional Elites in the Modern World, London/New York 1996; Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 165–193.

<sup>22</sup> Vgl. Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

<sup>23</sup> Vgl. Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998.

<sup>24</sup> Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

<sup>25</sup> Vgl. Gerhard A. Ritter, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989; Kaufmann, Herausforderungen des Sozialstaates.



Übergang von der Großen zur sozialliberalen Koalition entwickelte sich daraus die Vorstellung, daß der Staat parallel zur aktiven Wirtschafts- und Stabilitätspolitik eine aktive Sozialpolitik als ein *Gesamtanliegen* verfolgen müsse. So entstand, wie es pointiert formuliert worden ist, die Idee und Praxis von Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik<sup>26</sup>. Statt der traditionellen Absicherung des Einkommensverlustes bei Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter übernahm der Staat jetzt die Aufgabe, öffentliche Güter nicht nur bereitzustellen, sondern mit Leistungen zu begleiten. Die Ausweitung der Sozialpolitik auch auf das Bildungswesen und den Gesundheitsbereich, auf Städtebau und Raumordnung, Energie und Umwelt war von der Idee der Rahmenplanung und Globalsteuerung inspiriert. Hier wurden neue Arbeitsfelder des Staates geschaffen, auf denen Regierung und Verwaltung die Absicht verfolgten, mit dem Mittel rationaler Planung und wissenschaftlichen Expertentums die Gesellschaft zu modernisieren. Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik war mit dem Willen zur *Modernisierung* des Gemeinwesens direkt verbunden.

Reformen in den genannten Bereichen wurden in der Zeit der Großen Koalition begonnen und unter der sozialliberalen Koalition fortgesetzt. Sie etablierten neue Berufsfelder, etwa im Bildungs- und Gesundheitssektor, undbürdeten dem Staat dauerhaft Leistungspflichten auf. Sie erzeugten umgekehrt in der Gesellschaft den Anspruch auf solche Leistungen, und dieser Anspruch verfestigte sich ebenso dauerhaft. Solange der Neuheitswert von Reformen unbestritten war, galten die Maßnahmen als Fortschritt, dienten sie zur Modernisierung, zur rational geplanten, gesteuerten Optimierung der Gesellschaft, um sie im Kreis der führenden Industrienationen auf möglichst hohem Niveau stabilisieren zu können. Wenn aber der Fortschrittscharakter fragwürdig wurde, veränderte sich die Gesellschaftspolitik zu einem primär von der Leistungspflicht der öffentlichen Hand und dem Leistungsanspruch der Gesellschaft her definierten Politikfeld. Deshalb war eine so verstandene Gesellschaftspolitik daran gebunden, daß ihr die Kategorien „Fortschritt“ und „Modernisierung“ inhärent blieben.

Halten wir fest: Wir sehen im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren den Staat in erweiterte Verantwortung eintreten, die zum einen Stabilität und Wachstum der Wirtschaft gewährleisten und zum anderen durch Gesellschaftspolitik das Land zu einem fortschrittlichen Gemeinwesen ausgestalten sollte. Vor dem Hintergrund sich verändernder und teilweise verschlechternder Wirtschaftsdaten sowie angesichts deutlicher Strukturkrisen in einigen traditionellen Industriebranchen zog der Staat mehr Steuerungskompetenz und mithin mehr Verantwortung an sich. Die Vordenker der jeweiligen Regierungen und die Kabinette der Großen und der sozialliberalen Koalition taten das nicht, weil sie wirtschaftliche Probleme voraussahen und ihnen entgegenwirken wollten. Sie taten es vielmehr, weil sie die Staatsfinanzen in einem guten und dauerhaft stabilen Zustand sahen, den Verteilungsspielraum als großzügig bemessen einschätzten und weil sie eine aktive Politik der Planung und Steuerung für ein Gebot des Fortschritts hielten. Sie handelten als Sachwalter eines politisch-ökonomischen

<sup>26</sup> Vgl. Hans Günter Hockerts, *Metamorphosen des Wohlfahrtsstaats*, in: Broszat (Hrsg.), *Zäsuren nach 1945*, S. 35–45, hier S. 39.

und sozialen Modells, des keynesianischen Gesellschaftsmodells, das sich seit den mittleren sechziger Jahren für etwa ein Jahrzehnt zu einer ideologischen Norm verfestigte. Der Ausbau des Sozialstaats gemäß diesem Modell setzte den nationalen Staat als Bezugsrahmen politischen Handelns voraus. Die ideologische Norm büßte allerdings bereits um 1970 die Rückbindung an wirtschaftliche Stabilität, Wachstum und Verteilungsspielräume des Staates ein. Seither wiesen die strukturelle Entwicklung der Wirtschaft und die Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster von Parteien, Regierungen und Gesellschaft in unterschiedliche Richtungen.

*Der Widerspruch zwischen wohlfahrtsstaatlicher Mentalität  
und industriellem Strukturwandel*

Die Überzeugung, daß die Kassen der öffentlichen Hand wohl gefüllt seien, führte im Vorfeld der Bundestagswahl von 1972 zu einem bizarren Überbietungskampf zwischen den oppositionellen Unionsparteien und der regierenden sozialliberalen Koalition mit dem Ziel einer weiteren Rentenreform<sup>27</sup>. Die Union ließ sich von der Erfahrung der Adenauerschen Rentenreform leiten, die 1957 der Kanzlerpartei zur absoluten Mehrheit verholfen hatte. 1972 sollte das den Weg zurück zur Macht ebnen. Am Ende erwies sich die Sache jedoch nur als schwere Belastung der Sozialkassen in der Zukunft, ohne daß die gesetzliche Ausweitung der Rentenversicherung der CDU/CSU den Wiedereintritt in die Regierung eingebracht hätte. Die Prämissen aus der Zeit des „Wirtschaftswunders“ galten nicht mehr. Analysen der Bundestagswahl vom Herbst 1972 zeigten erstmals deutliche Verschiebungen in der Wählerschaft. Die jungen Wähler und die jüngeren Frauen zog es zur SPD. Die CDU/CSU als politische Kraft des wirtschaftlichen Wiederaufbaus wirkte plötzlich veraltet, unmodern und dem Fortschritt abhold<sup>28</sup>. Sowohl das politische Handeln von Regierung und Opposition als auch das Wahlverhalten der Bevölkerung wiesen 1972 darauf hin, daß in der Phase des Booms ein Mentalitätenwandel eingetreten war, der jetzt handlungsprägend wurde. Planung, Steuerung und neue Leistungsangebote des Staats an die Gesellschaft erzeugten ein gesellschaftliches Selbstverständnis, welches den erworbenen Wohlstand als dauerhaft betrachtete. Zu einem Zeitpunkt, wo die Grundlagen des bisherigen industriellen Systems und die materiellen Bedingungen des Wohlfahrtsstaats zunehmendem Veränderungsdruck ausgesetzt waren, kam dieses Denken erst voll zum Durchbruch.

Diese widersprüchliche Entwicklung prägte die siebziger Jahre und war auch in den achtzigern noch deutlich zu erkennen. Spannungen in der Gesellschaft und zunehmender Druck auf die Regierungspolitik beeinflussten die Zeitstimmung seit Mitte des Jahrzehnts deutlich. Das unterschied die sozialliberale Koalition

<sup>27</sup> Vgl. Hans Günter Hockerts, Vom Nutzen und Nachteil parlamentarischer Parteienkonkurrenz. Die Rentenreform 1972 – ein Lehrstück, in: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey, hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a., Berlin 1992, S. 903–934.

<sup>28</sup> Vgl. M. Rainer Lepsius, Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen. Vermutungen zu Tendenzen und Hypothesen zur Untersuchung der Bundestagswahl 1972, in: Politische Vierteljahresschrift 14 (1973), S. 295–313.

unter Bundeskanzler Helmut Schmidt von der vorangegangenen Regierung des reformerischen Elans unter Willy Brandt<sup>29</sup>. Nach dem Ölpreisschock geriet die energieabhängige Wirtschaft in Schwierigkeiten, die zum Rückgang des Sozialprodukts und zum Anstieg der Arbeitslosenzahlen führten. Der Finanzspielraum der öffentlichen Hand wurde enger, die Steuerungsfähigkeit des Staates beeinträchtigt. 1979 folgte die nächste Verteuerung des Rohöls. Der weltwirtschaftliche Einbruch beeinflusste die Zeit von 1973 bis in die frühen achtziger Jahre nachhaltig. Gestiegene Energie- und Rohstoffpreise, Unsicherheit auf den Finanzmärkten, zurückgehende internationale Nachfrage schlugen jetzt auf die Krisenbranchen Textil, Kohle und Stahl sowie Schiffsbau durch. Die Wirtschaft mußte Kosten senken, rationalisieren, neue Märkte erschließen. In Deutschland waren die Arbeitskosten im Verlauf der siebziger Jahre anhaltend gestiegen, im industriellen Sektor ebenso wie im öffentlichen Dienst<sup>30</sup>.

Die Industrie fing den Anpassungsdruck insgesamt erfolgreich ab, indem sie unrentable Zweige stilllegte und die Produktionszweige mit maschinell-manueller Fertigung aufgab oder durch Automatisierung rationeller gestaltete. Die künftige Wirklichkeit industrieller Produktion auf der Grundlage der Mikroelektronik begann sich abzuzeichnen, und die neue Welt computergestützter Erwerbsarbeit breitete sich aus. Hier ist der historische Ort des „Abschieds vom Malocher“. Jetzt kehrte Stille ein in den Stahlfabriken, die immer vom stampfenden Geräusch der Maschinen, vom Geruch nach Ruß und Schmieröl durchzogen waren, und in den Spinnereien und Webereien, wo die rastlose Mensch-Maschine-Symbiose herrschte. Moderne Hallen, sauber, fast menschenleer, bestimmten das Bild von zeitgemäßer Industrie. Der technisch höher qualifizierte Arbeitnehmer mit differenzierter Berufsausbildung trat an die Stelle des bisherigen Industriearbeiters. Damit entstand die Arbeitslosigkeit, die sich für mehr als zwei Jahrzehnte als nicht überwindbar erweisen und zu einer tiefgreifenden Veränderung der Arbeitsgesellschaft führen sollte. 1970 waren in der Bundesrepublik 148.000 Arbeitslose gezählt worden, 1980 waren es knapp 900.000, bis 1985 stieg die Zahl auf 2,3 Millionen. Das bedeutete einen Anstieg von 0,7 auf 9,3 Prozent<sup>31</sup>. Den verlorenen Arbeitsplätzen in der Industrie standen in der Aufschwungphase zwischen 1984 und 1989 nur 159.000 neue Stellen gegenüber<sup>32</sup>. Deshalb bildete der Arbeitsmarkt die zentrale Herausforderung für den Staat, der eben erst die Globalsteuerung der Wirtschaft und die Leistungspflicht in der Gesellschaftspolitik als Staatsaufgabe anerkannt hatte.

Hinter den Zahlen verbarg sich eine Veränderung, die über den Strukturwandel der Wirtschaft hinausreichte und auf einen Paradigmenwechsel der Produkti-

---

<sup>29</sup> Vgl. dazu die Regierungserklärungen von 1969, 1976 und 1980, in: Klaus von Beyme (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München 1979.

<sup>30</sup> Vgl. Ellwein, Krisen und Reformen, S. 54 f.

<sup>31</sup> Datenreport/Statistisches Bundesamt 1997, S. 89, hier zit. nach Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 237.

<sup>32</sup> Vgl. ebenda, S. 236–242.

onsregime, des Zusammenspiels von Wirtschaft und Staat und gesellschaftlicher Wahrnehmung des Erwerbslebens verweisen dürfte. Zwei Millionen Arbeitsplätze gingen im produzierenden Gewerbe verloren, und die Menschen, die hier arbeitslos wurden, konnten mit ihren erlernten Fertigkeiten meist keine neue Arbeit finden. Umschulungskurse der Arbeitsämter brachten wenig Erfolg, denn die Umstellung von Handarbeit auf eine Tätigkeit in der automatisierten Produktion setzte differenziertes schulisches Wissen und ein noch jugendliches Alter voraus. Vor allem aber gab es den spezifischen Typ des Arbeitsplatzes nicht mehr, den die Betroffenen verloren hatten und der bis dahin während des ganzen Arbeitslebens räumliche, soziale und mentale Verankerung gewährleistete. Arbeitsplatz und Arbeitswelt im traditionellen Bereich industrieller Produktion waren immobil, und der kulturelle Zusammenhang von Fabrik, Familie, Feierabend an ein und demselben Ort hatte das Bewußtsein der Industriearbeiterschaft geformt<sup>33</sup>. Diese angestammte Lebenswelt begann zu verschwinden und das Erfordernis von Mobilität, die Erwartung räumlicher und geistiger Beweglichkeit, breitete sich als Kennzeichen eines neuen Produktionsregimes aus. In der Wahrnehmung der Zeitgenossen dominierten um 1980 die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, der ein Arbeitsplatz im Bereich traditionaler Industrieproduktion war, und das Gefühl von Zukunftslosigkeit. In der „Stunde der Tränen“ vor dem letzten Abstich überreichten die Frauen von Hüttenwerkern der Hattinger Heinrichshütte ihren Männern rote Nelken und trugen Plakate mit der Aufschrift: „Unsere Zukunft – jetzt gemeinsam kämpfen.“<sup>34</sup>

In scharfem Kontrast zu diesem Niedergang stand der Aufschwung der Konsumgesellschaft, zumal des Tourismus. Nach den Ölpreiserhöhungen gab es nur einen kurzen Einbruch, dann fuhren die Leute mehr und öfter in den Urlaub als je zuvor. Es waren vor allem Arbeitnehmer aus dem expandierenden Berufsfeld des „kombinierten Industrie-Dienstleistungssektors“, denn dieser Bereich weitete sich in den siebziger und achtziger Jahren in dem Maße aus, wie die Traditionsindustrien zusammenschmolzen, nur daß er die Arbeitskräfte aus den insolventen Fabriken nicht aufnahm. In der Arbeitnehmergeellschaft neuen Typs ergänzte der Skiurlaub im Winter die sommerliche Flugreise ans Mittelmeer oder bald schon, in den achtziger Jahren, in die Karibik. Zwischen 1963 und 1972 waren die jährlichen Fluggastzahlen im Charterverkehr bereits deutlich angestiegen. Von 1970 bis 1979 erhöhte sich dann die Zahl der Urlaubsreisenden um 50 Prozent. 1980 gaben 57 Prozent der Bevölkerung an, eine Urlaubsreise zu machen<sup>35</sup>.

<sup>33</sup> Vgl. Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter*, Wuppertal 1978.

<sup>34</sup> Waltraud Bierwirth/Otto König (Hrsg.), *Schmelzpunkte. Stahl: Krise und Widerstand im Revier*, Essen 1988, S. 104 u. S. 125–129.

<sup>35</sup> Vgl. Wolfgang König, *Geschichte der Konsumgesellschaft*, Stuttgart 2000, S. 265–332. Die Hinweise auf die Fluggastzahlen, in: Ebenda, S. 325, stammen von englischen Fluggesellschaften, die Entwicklung in der Bundesrepublik verlief ähnlich. Vgl. auch Petra Krempien, *Geschichte des Reisens und des Tourismus. Ein Überblick von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Limburgerhof 2000, S. 157–165; Karlheinz Wöhler, *Erstes und zweites Zuhause: Wohnen*

Die „Demokratisierung des Reisens“<sup>36</sup> verlief parallel zu den Umschichtungen auf dem Arbeitsmarkt und spiegelte gegenbildlich zum Aussterben des „Malochers“ den Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft<sup>37</sup>.

#### *Abwertung der Staatsfunktion?*

Während die öffentliche Hand versuchte, gefährdete Branchen durch Subventionen zu stützen und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten, bemühte sich die Wirtschaft, ihren Platz auf dem heimischen, dem europäischen und dem Weltmarkt den veränderten Bedingungen anzupassen. Es breitete sich dort ein makroökonomisches und betriebswirtschaftliches Denken aus, welches die staatliche Globalsteuerung als Modell einer versunkenen Zeit betrachtete. Dieses Denken lief auf die Abwertung des Staates, auf die Abwertung der Staatsfunktion und eine mindere Bedeutung von Nationalstaatlichkeit hinaus. Es überspielte nicht selten auch den Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und brachte zum Ausdruck, daß sich in den achtziger Jahren die Wirtschaftsräume änderten und die Kriterien einer *Nationalökonomie* ihre Bedeutung verloren.

Das war neu. So zu denken wirkte modern, weltoffen, befreiend. Plötzlich galt das als „Fortschritt“, ohne jedoch noch so genannt zu werden. Das Neue war einfach da. Es war Realität. Es wurde mit der Zeit selbstverständlich und deshalb in zunehmendem Maß gesellschaftlich akzeptiert. Hier fassen wir erneut den (vorerst hypothetisch so bezeichneten) Paradigmenwechsel der Industriemoderne. Er trennte die Boomphase von der nachfolgenden Epoche ab und markierte den Übergang in eine neue Zeit. Der Paradigmenwechsel ließ, wirtschaftsideologisch, den Staat schrumpfen und beeinflusste das Staatsverständnis in den politischen Parteien, den Verbänden und Interessengruppen nachhaltig. Der Staat wurde einerseits zum Garanten älterer Strukturen und zum Leistungsträger gesellschaftlicher Ansprüche. Andererseits aber paßten Regierungen und Parteien die Staatsfunktion den Herausforderungen des Paradigmenwechsels an. Sie verschrieben sich einem politischen Handeln, welches zum Beispiel die Privatisierung von Staatsbetrieben forcierte oder von der Regierung gewünschte Reformvorhaben zunächst an nicht-staatliche Beratungsagenturen mit privatem Gewinninteresse delegierte, um deren Vorschläge dann qua Kabinettsentscheidung oder auf dem Weg der Gesetzgebung zu verwirklichen<sup>38</sup>.

---

und Reisen, in: Werner Faulstich (Hrsg.), *Die Kultur der siebziger Jahre*, München 2004, S. 233–243, Zahlen zu den Urlaubsreisenden S. 240.

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> Zum Profil des zeitgenössischen Problembewußtseins innerhalb der Soziologie vgl. Joachim Matthes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*, Frankfurt a. M. u. a. 1983.

<sup>38</sup> Vgl. für England die Reflexionen von Richard Wilson, *Thatcherism Three*, in: *The Times Literary Supplement*, 15. 12. 2006, über das Buch von Simon Jenkins, *Thatcher & Sons. A Revolution in Three Acts*, London 2006; für Deutschland Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, S. 242–264.

Der Staat baute mit an der Zukunft, aber er trug auch die Verantwortung für die Vergangenheit. Das rief den Eindruck des Widersprüchlichen, gar der Ziellosgkeit hervor, aber es verwies eher auf politischen Anpassungszwang an einschneidende Veränderungen. Wo Landes- und Bundesregierungen versuchten, kriselnde Industriebranchen vor dem Kollaps zu bewahren, betraf es Wirtschaftszweige, an denen die technische Weiterentwicklung zur Automatisierung und dann die Revolution der Mikroelektronik vorbeigegangen waren und die mit hohen Beschäftigungszahlen arbeiteten, ohne daß sich die Arbeitskosten rechneten<sup>39</sup>. Solche Branchen wurden für eine gewisse Zeit zu Residualräumen eines im nationalen Rahmen verharrenden Verständnisses von der Verantwortung des Staates für die Stabilisierung von Produktionszweigen aus der Zeit des „Wirtschaftswunders“ und des Booms. Simultan begannen die Regierungen der achtziger Jahre, staatliche Verfügungsgewalt an den freien Markt abzugeben – zuerst in den Bereichen Medien und Kommunikation<sup>40</sup>. In offiziellen Verlautbarungen erhielt der Markt Vorrang vor dem Staat, aber das hieß nicht, daß die Politik den Gestaltungsanspruch von Staat und Regierung preisgab. Die Gewichtung allerdings verschob sich deutlich.

Umbruch und Kontinuität waren zur selben Zeit zu beobachten. Sie überlagerten sich. Der Paradigmenwechsel nach dem Boom markierte keine Zäsur, die zu einer bestimmten Zeit das Alte beendete und das Neue einsetzen ließ. Beharrung und Wandel gehörten zusammen und bildeten die nur scheinbar ziellose Reaktion auf veränderte Handlungsmuster in der Wirtschaft, die auf Politik und Gesellschaft einwirkten und ihrerseits mit der veränderten Geltung makroökonomischer Theorien verweben waren. Die Wahrnehmung dieser Theorien und der praktische Umgang mit Ordnungsvorstellungen, die daraus abgeleitet wurden, sind im folgenden Abschnitt zu skizzieren, um die Hypothese eines Paradigmenwechsels auch auf der Ebene der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Ideen zu prüfen.

## II. Wandel des Gesellschaftsmodells und Paradigmenwechsel in der Industriemoderne

In den achtziger Jahren zerfiel das Gesellschaftsmodell der Nachkriegszeit, das an fordristisches Produktionsregime und keynesianische Handlungstheorie gekoppelt war<sup>41</sup>. Es kam im Gefolge des Marshall-Plans nach Europa und entfaltete sich im Kalten Krieg unter den Bedingungen von Wiederaufbau und Blockkonfrontation in einer historisch singulären Form. Wachstum, Stabilität und korporativer Konsens in den Arbeitsbeziehungen konnten und mußten während der fünfziger und sechziger Jahre in einen äußeren Rahmen eingepaßt werden, der durch den außen- und sicherheitspolitischen Druck des Ost-West-Konflikts

<sup>39</sup> Vgl. als Fallstudie Dietmar Süß, Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003.

<sup>40</sup> Vgl. Edgar Grande, Vom Monopol zum Wettbewerb? Die neokonservative Reform der Telekommunikation in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1989.

<sup>41</sup> Vgl. zum folgenden Bornschiefer, Westliche Gesellschaft.

zustande kam. Das Streben nach Sicherheit wurde im Kalten Krieg allenthalben beschworen, und allein der Staat konnte Sicherheit verbürgen, sei es die amerikanische Blockvormacht, sei es die nationale Regierung<sup>42</sup>. Im festen äußeren Rahmen konnte sich dann die „freie Welt“<sup>43</sup> dergestalt entfalten, daß wirtschaftliches Wachstum, soziale Reform und zivile Staatsbürgergesellschaft an inneren Konsens und soziale Disziplin gebunden waren. So fanden Markt und Wettbewerb ihren klar umrissenen Spielraum, sei es der nationale, der europäische oder der durch Bretton Woods definierte Rahmen des Westens<sup>44</sup>. Unternehmer entfalteten Marktmacht innerhalb des westlichen Blocks und waren auf die Stabilität der Rahmenbedingungen angewiesen. Diese aber fußten auf der prekären Balance der Blöcke, die nur durch die Regierungen als stabiles Gleichgewicht gewährleistet werden konnte. So machte der Ost-West-Konflikt staatliche Dominanz zu einem Erfordernis, um in den westlichen Ländern Sicherheit als verlässliche Grundlage des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Konsenses zu gewährleisten. Das ermöglichte Wachstum, unternehmerischen Profit und die Intensivierung des nationalen Arbeitsmarkts, wodurch der Wohlstand der Bevölkerung wuchs und der Spielraum des Staats zur Umverteilung zunahm. Umverteilung stabilisierte das Produktionsregime, festigte die Produktionsbedingungen und schuf die Voraussetzungen zur Entfaltung des Marktes im nationalen und international-westlichen Bezug.

Dieses Gesellschaftsmodell erlaubte die Neuordnung des westdeutschen Gemeinwesens als differenzierte, „westernisierte“ Zivilgesellschaft mit einer korporatistischen Organisation der Arbeitsbeziehungen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften hatten im Übergang zu den sechziger Jahren die Marktwirtschaft als Grundlage der Nachkriegsordnung anerkannt und damit die Voraussetzungen des Konsenses mit den Arbeitgebern geschaffen. Der „Konsenskapitalismus“ der Nachkriegsjahrzehnte etablierte die Gleichrangigkeit zwischen den Akteuren und war zudem auf die Stabilität des staatlichen Rahmens angewiesen<sup>45</sup>. Im Sinne der keynesianischen Theorie machte dieses Beziehungsgefüge die politisch-ökonomische Globalsteuerung durch staatliche Rahmenplanung im Konsens mit Unternehmern und Gewerkschaften zum Erfordernis von Regierungspolitik. Wir konnten dies als Merkmal des Jahrzehnts zwischen 1965 und 1975 bereits beobachten. Die für den Keynesianismus charakteristische Trias „Markt – Staat – Plan“ harmo-

---

<sup>42</sup> Vgl. Eckart Conze, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte“ der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 53 (2005), S. 357–380.

<sup>43</sup> Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Im Kampf um ‚Frieden‘ und ‚Freiheit‘. Über den Zusammenhang von Ideologie und Sozialkultur im Ost-West-Konflikt, in: Hockerts (Hrsg.), Koordinaten, S. 29–47.

<sup>44</sup> Vgl. Michael J. Hogan, The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1952, Cambridge 1987; Charles S. Maier/Günter Bischof (Hrsg.), The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program, New York/Oxford 1991; Tony Judt, Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, München/Wien 2006.

<sup>45</sup> Vgl. Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie; Klaus Schönhoven, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition, Bonn 2004.

nierte mit den Bedingungen des Ost-West-Gegensatzes dadurch, daß sowohl Regierung als auch Unternehmer dem staatlichen Rahmen maßgebliches Gewicht beimaßen. Daraus erklärt sich die Stabilität der politischen und wirtschaftlichen Ordnung während des Booms, aber auch die vergleichsweise starre Eigenart des Gesellschaftsmodells, dessen technologischer Stil relativ statische Strukturmuster aufwies<sup>46</sup>. Das waren zum einen feste Produktionsstandorte der Industrie mit unverzichtbarer Bindung an fossile Energieträger und der Beschränkung von Transport vornehmlich auf Rohstoffe und Waren. Das Ruhrgebiet, das Saarrevier und Lothringen oder das Zentrum der britischen Montanindustrie in Mittelengland können als Beispiele dienen. Die Unternehmensverwaltung befand sich am Ort, die Gewerkschaftsvertretung nicht selten innerhalb des Betriebsgeländes. Die Arbeitskräfte in der Fabrik oder im Büro verbrachten ihr Berufsleben mit der einmal erworbenen Ausbildung an einem festen Platz. Das Erfordernis, sich weiter zu qualifizieren, kannten sie in der Regel nicht<sup>47</sup>.

Die politisch-ökonomische Bindekraft dieses Gesellschaftsmodells ließ im Verlauf der siebziger Jahre nach, seit sich der Rahmen zu lockern begann. Entspannungspolitik zwischen den Blockvormächten und im deutsch-deutschen Bezug verminderte den Druck, aber auch die politisch-ideologische Kohäsion aus den Nachkriegsjahrzehnten. Horizont und Handlungsspielräume für Wirtschaft und Regierungspolitik weiteten sich aus. Die Bindekraft des Rahmens konnte auch in der Spannungsphase des Kampfs um die Nachrüstung seit 1979/80 nicht mehr zurückgewonnen werden. In der Zeitstimmung der achtziger und frühen neunziger Jahre waren solche Veränderungen nicht zuletzt an der Delegitimation des Keynesianismus zu erkennen<sup>48</sup>. Die Heraufkunft eines neuen Gesellschaftsmodells zeichnete sich dagegen nur punktuell und sprunghaft, gleichwohl unübersehbar ab.

Mit dem Niedergang der Traditionsindustrien war die Standortgebundenheit nicht länger Maßstab und Modell für Industrieansiedlung und die Organisation von Arbeitskraft, und ein neuer technologischer Stil begann sich auszubreiten<sup>49</sup>. Den Rohstoff der alten Industrien löste als neuer Grundstoff der Mikrochip ab. Ohne die Rohstoffbindung der traditionellen Art konnten sich Unternehmen an Standorten niederlassen, die bis dahin industriegewirtschaftlich völlig unbedeutend waren<sup>50</sup>. Die neuartigen Firmen produzierten auf der Grundlage des Mikrochips

<sup>46</sup> Bornschier, *Westliche Gesellschaft*, S. 1–22, hier S. 13.

<sup>47</sup> Vgl. Sabine Dworog, Positionspapier zum Forschungsvorhaben „Nach dem Boom“, Tübingen 2007, auch für das Folgende.

<sup>48</sup> Vgl. Hansjörg Siegenthaler, Das Ende des Keynesianismus als Gegenstand Keynesianischer Interpretation, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2002/1, S. 237–245. Vgl. die Thesen zur Entwicklung in der Gegenwart von Christoph Deutschmann, Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik: Die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 42 (2005), S. 3–12.

<sup>49</sup> Vgl. Bornschier, *Westliche Gesellschaft*, S. 103–200; Albert u. a., *Die Neue Weltwirtschaft*.

<sup>50</sup> Vgl. hierzu die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Bayern im Bund“ des Instituts für Zeitgeschichte: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), *Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973*, München 2001; dies. (Hrsg.), *Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973*, München 2002;



mit dem differenzierten Wissen ihrer Arbeitskräfte, und beides – Produktion und Wissen – bedurfte kontinuierlich der Aktualisierung und systematischen Weiterentwicklung. Die relativ statischen Strukturen des keynesianisch-fordistischen Modells wurden durch Mobilität auf vielen Ebenen regelrecht unterspült. Mobilität war die Anforderung an Menschen, Materialien und Strukturen. Die Arbeitskräfte mußten sich flexibel auf geographisch verstreute Standorte einstellen und zum Wechsel zwischen ihnen bereit sein. Die Materialien für die *just in time*-Produktion flossen aus den Containerfahrzeugen stetig in die neuen Werkshallen hinein, andere existierten bloß virtuell und waren *online* verfügbar. Unternehmen brauchten sich nicht mehr auf einen Hauptstandort und eine dort angesiedelte Verwaltung zu stützen, sondern konnten hier und da und überall die für sie günstigste Wahl treffen. Die Energie für die Produktion floß als elektrischer Strom durch Hochspannungsnetze aus Atomkraftwerken, während die alten Kohlekraftwerke erst neuen technischen Standards angepaßt werden mußten<sup>51</sup>. Und an die Stelle des vertrauten, statischen Raums der Feierabend-Welt der Fabrikarbeiter trat zum einen die individualisierte Form der Erholung mittels Mobilität – Wochenendtrip, Fitness, Wellness – und zum andern auch der Rückzug in selbstgewählte Gruppen und Gemeinschaften zur individuellen Sinnerfüllung<sup>52</sup>.

Was als Unrast und Beschleunigung<sup>53</sup>, als anhaltende Bewegung ohne erkennbares Ziel, ohne Struktur und Rahmen erscheinen mochte, repräsentierte eine Revolution auf der Mikroebene. Deshalb war sie mit den etablierten Kriterien von Gesellschaftsanalyse, Gegenwartsbestimmung und Zeitkritik nicht präzise zu erfassen, sondern es kamen immer nur scheinbar banale Einzelaspekte ins Blickfeld, die ob ihrer Flüchtigkeit, ihrer jeweils begrenzten Relevanz für Verhaltensmuster und Lebensformen in der noch von den alten Strukturmustern geformten Wahrnehmung des sozialökonomischen Umfelds vielleicht als fremd, auch als lästig, jedenfalls als ungewohnt und im übrigen nicht lebenswichtig aufgefaßt wurden. Dennoch handelte es sich um eine Revolution, deren Transformationskraft den westlichen Gesellschaften allerdings erst an der Wende zum 21. Jahrhundert zu Bewußtsein kam. In der Zeitstimmung der achtziger Jahre war es die oft unverstandene kulturelle Strömung der sogenannten Postmoderne, die nichts anderes zum Ausdruck brachte als den Widerruf des verbindlichen Rahmens der Nachkriegszeit. Eine neue rahmengebende Ordnung, eine klare Perspektive konnten die Protagonisten postmodernen Denkens und Handelns nicht sichtbar

---

dies. (Hrsg.), Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, München 2004; siehe auch Anselm Doering-Manteuffel, Bayern im Bund. Die überregionale Bedeutung eines regionalgeschichtlichen Forschungsansatzes, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 67 (2004), S. 85–102.

<sup>51</sup> All diese Faktoren des Strukturwandels kamen in den Industriewirtschaften der RGW-Länder nicht zum Durchbruch. Deshalb ist es durchaus gerechtfertigt, den Kollaps des Ostblocks als eine Folge des Wandels, nicht aber als dessen Anstoß aufzufassen. Siehe Maier, Two Sorts of Crisis?, in: Hockerts (Hrsg.), Koordinaten.

<sup>52</sup> Schulze, Die Erlebnisgesellschaft, Kapitel 4 und passim.

<sup>53</sup> Vgl. Hartmut Rosa, Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt a. M. 2005.

machen, denn sie kamen ja selbst aus der Welt des Gestern und bemerkten bloß früher als andere, daß sie zerfiel. Worin das Neue bestand und wo das Morgen zu finden war, konnten sie füglich nicht sagen. So verstärkte die postmoderne Theorie nur die neue Erfahrung von Unverbindlichkeit, Sprunghaftigkeit, Unrast und scheinbarem Unernst. Die Revolution auf der Mikroebene war mit dem intellektuellen Instrumentarium der aus der Epoche des Booms gewohnten Strukturanalyse nicht zu erfassen. Der „Poststrukturalismus“ der postmodernen Theoretiker spiegelte das Dilemma recht genau wider, aber er erklärte es nicht. Er war ein Produkt des revolutionären Geschehens, nicht aber ein sozialphilosophischer Ansatz zu dessen Analyse<sup>54</sup>.

#### *Mikrochip, Marktideologie und die Entriegelung der überkommenen Strukturen*

Während dieser Entwicklung seit den achtziger und in den neunziger Jahren breiteten sich Schlagworte und Argumentationsmuster einer anderen ökonomischen Denkschule aus, die den Keynesianismus überlagerten und allmählich verdrängten. Der alsbald so genannte „Neoliberalismus“ bot sich als Handlungstheorie für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Zeit der revolutionären Unruhe an und begann allem Anschein nach ein neues Gesellschaftsmodell zu begründen.

Der Begriff „neoliberal“ ist schillernd, weil er im amerikanischen und englischen Fall für eine bestimmte Zeit mit dem Begriff „neokonservativ“ verknüpft werden konnte und später im englischen und deutschen Fall außerdem noch zum Kennzeichen der Sozialdemokratie wurde<sup>55</sup>. Darin zeigte sich die umfassende Bedeutung einer Handlungstheorie, deren ökonomische und sozialphilosophische Grundannahmen für Konservative und Sozialdemokraten gleichermaßen als Norm ihres Politikverständnisses Geltung erlangten. In der Epoche des Booms waren die Lager strikt geschieden, die Große Koalition in der Bundesrepublik am Ende der sechziger Jahre bestätigte als Ausnahme nur eine eiserne Regel. Die simultane Aufnahme neoliberaler Axiome seitens der politischen Rechten und Linken gibt einen Hinweis darauf, daß wir es hier in der Tat mit einem Paradigmenwechsel zu tun haben, der den Namen auch verdient<sup>56</sup>. Zugleich aber wurde der Begriff „neoliberal“ als polemisches Instrument in einem ideologischen Kampf eingesetzt. Der Kampf spielte sich ab zwischen den Verfechtern des alten, keynesianischen Paradigmas und des neuen, das mit den

<sup>54</sup> Vgl. Jean-François Lyotard, Das postmoderne Wissen. Ein Bericht, Graz/Wien 1986; Peter Koslowski/Robert Spaemann/Reinhard Löw, Moderne oder Postmoderne? Zur Signatur des gegenwärtigen Zeitalters, Weinheim 1986; Wolfgang Welsch, Unsere postmoderne Moderne, Weinheim <sup>2</sup>1988.

<sup>55</sup> Vgl. David Harvey, A Brief History of Neoliberalism, Oxford 2005; Gerhard Willke, Neoliberalismus, Frankfurt a.M./New York 2003; Murray Friedman, The Neoconservative Revolution. Jewish Intellectuals and the Shaping of Public Policy, Cambridge 2005; Irwin Stelzer (Hrsg.), Neoconservatism, London 2004; Hans Jörg Hennecke, Die dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung, München 2003.

<sup>56</sup> Vgl. Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a.M. 1967.

Namen der Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman und Friedrich August von Hayek verbunden ist<sup>57</sup>.

Die monetaristische Konzeption Friedmans und die marktradikale Freiheitsideologie Hayeks entfalteten Wirkung als kompakte politische und gesellschaftliche Handlungstheorie, indem sie das keynesianische Axiom der wirtschaftlichen Globalsteuerung durch den Staat aufs schärfste bekämpften. Der ideologische Gegensatz erreichte in Deutschland seinen Höhepunkt nach dem Konflikt zwischen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder 1999, aber der Kampf der Traditionalisten gegen das neue Modell politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Handelns entlang neoliberaler Auffassungen führte vorerst zu nichts<sup>58</sup>. Der Grund dafür lag allerdings nicht in der Überlegenheit der Wirtschaftstheorien von Friedman und Hayek, denn beide hatten seit den sechziger Jahren ohne Erfolg die Dominanz des keynesianischen Paradigmas in den westlichen Industriestaaten bekämpft<sup>59</sup>. Wie der Wandel auf der Grundlage des Mikrochips durch Pluralisierung, Mobilität und Verflüssigung die ehemals festen Strukturen von Produktion und Distribution unterspülte, bot die Theorie des Neoliberalismus Begründungen, Vorstellungen und Handlungsperspektiven für den neuen technologischen Stil an. Der Paradigmenwechsel erfolgte dadurch, daß der Neoliberalismus den revolutionären Durchbruch des Neuen als Leitideologie trefflich ergänzte.

Die technologische Revolution setzte den transnationalen, potentiell globalen Raum voraus, und man braucht nur den Versuch zu machen, die Wortkarrerien der beiden Begriffe transnational und global beziehungsweise Globalisierung in den Geistes- und Sozialwissenschaften historisch zu verorten, um feststellen zu können, wann die neuen technischen Möglichkeiten – anfangs noch in kleinem Maßstab – in der Gesellschaft aufgegriffen wurden und zu wirken begannen<sup>60</sup>. Sie verbanden sich in den neunziger Jahren mit den Wirtschaftstheorien von Hayek und Friedman.

Nicht der Wechsel vom Keynesianismus zum Neoliberalismus machte also die revolutionäre Qualität jenes Wandels aus, der seit den neunziger Jahren in bisweilen aggressiver Tonlage von den Kritikern einer durchgreifenden Ökonomisie-

<sup>57</sup> Vgl. Keith Dixon, *Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus*, Konstanz 2000; Bernhard Walpen, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg 2004; Werner Abelshauser, *Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung*, Berlin 2003; Hans Jörg Hennecke, *Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit*, Düsseldorf 2000; Alan Ebenstein, *Friedrich Hayek. A Biography*, Chicago/London 2001; zu Friedman vgl. ebenda, S. 266–276; Bruce Caldwell, *Hayek's Challenge. An intellectual Biography of F. A. Hayek*, Chicago/London 2004; Ingo Pies/Martin Leschke (Hrsg.), *Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus*, Tübingen 2004.

<sup>58</sup> Vgl. Hennecke, *Die dritte Republik*, S. 70–101.

<sup>59</sup> Vgl. Walpen, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft*.

<sup>60</sup> Vgl. das Internetportal „Geschichte.transnational. Fachforum zur Geschichte des kulturellen Transfers und der transnationalen Verflechtungen in Europa und der Welt“, sowie die Schriftenreihe „Globalgeschichte“, die von Sebastian Conrad, Andreas Eckert und Ulrike Freitag herausgegeben wird.

rung aller Lebensbereiche geißelt wurde. Der Umschwung von der Orientierung am Paradigma „Markt – Staat – Plan“ zu dem anderen Paradigma „Freiheit des Marktes von allen Einschränkungen durch Staat und Plan“ und der Wechsel von der Nachfragesteuerung seitens der Regierungen zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik nach den Bedingungen des Marktes waren situationstypische Reaktionen auf den Strukturwandel seit dem Ende des Booms. Selbst wenn man, wie es für die geschichtswissenschaftliche Analyse geboten ist, Wirtschaftstheorien nicht unter dem Gesichtspunkt betrachtet, ob sie ökonomisch funktioniert haben, sondern wenn man sie statt dessen als Theorien auffaßt, an denen sich gesellschaftliches und regierungspolitisches Handeln orientiert, kann man im Niedergang des Keynesianismus und Aufstieg des Neoliberalismus noch keinen revolutionären Umschwung erkennen. Der Zusammenbruch der traditionellen Industrien des maschinell-manuellen Typs sowie die Entstehung eines neuen technologischen Stils und veränderten politisch-ökonomischen Produktionsregimes bildeten vielmehr die Voraussetzung. Erst das Zusammentreffen einer Wirtschaftstheorie, die die Regierungen auf Verwaltung des Immobilien, Statischen wie Raum, Umwelt, Infrastruktur in den nationalen oder europäischen Grenzen reduziert, um den Kräften des Marktes im Wortsinne unbegrenzten Spielraum zu verschaffen, mit der technisch-wirtschaftlichen und kulturellen Entriegelung der Strukturen aus der Zeit des Booms hat diese Wirkung erzeugt.

### III. Das Postulat der Historisierung

Die bevorstehende zeithistorische Analyse des Geschehens seit den siebziger Jahren wird den Blick auch auf den kulturpessimistischen Grundzug jener Sichtweise zu richten haben, die uns mit Hobsbawms These vom „Erdrutsch“ begegnet ist. Die Rede von „Niedergang“ oder „Ende“, von „Wegbrechen“, „Untergang“ und „Abschied“ beschwört Vergangenes. Wo sie auf Gesellschaftskritik zielt und das allmähliche Vergehen der traditionellen Arbeitswelt zum Thema macht, den Verlust an Sicherheit im wohlfahrtsstaatlichen System anprangert und die Minderung, ja Beseitigung von Chancen des sozialen Aufstiegs für Kinder aus den unteren Straten der Gesellschaft beklagt, dort ist die Rede vom „Niedergang“ an den Maßstäben, am Selbstverständnis, kurz: an der Ideologie des keynesianischen Gesellschaftsmodells orientiert.

Nahezu alle heute im vorgerückten Erwachsenenalter stehenden Generationen in Westeuropa sind im Kontext dieses Gesellschaftsmodells sozialisiert worden. Das gilt auch für diejenigen, die über diese Epoche urteilen, die Historiker. Sie stammen aus der Zeit des Ost-West-Konflikts einschließlich der frühen Nach-Wende-Ära. Sie sind Kinder des Wohlfahrtsstaats, sie sind Kinder eines konsensliberalen und sozial-demokratischen Verständnisses von staatlichem Handeln respektive gesellschaftlicher Erwartung. Sie sind Kinder einer Zeit des Wachstums innerhalb der Grenzen des eigenen Landes und innerhalb des politischen Rahmens der zweigeteilten Welt. Draußen war draußen, drinnen ist drinnen. Diese mentale Prägung wirkt auch unter den Historikern noch weiter. Sie haben gelernt, den Blick auf das Gehäuse ihres Lebensumfelds zu richten, woraus sich

eine sachlich-räumliche Begrenzung ihres Erkenntnisinteresses auf den staatlichen und nationalen Horizont ergibt. Die jüngeren Wissenschaftler sind dagegen in starkem Maß von dem neuen Gesellschaftsmodell beeinflusst und transzendieren den zuvor gültigen Rahmen. Das führt immer wieder zu Streit zwischen Historikern des „Dinnen“ und jenen des „Draußen“, die auf die revolutionäre Verflüssigung statischer Strukturen reagieren und die Wahrnehmung des Paradigmenwechsels in die wissenschaftliche Arbeit einbeziehen. Fast unweigerlich sind sie auch von der Ideologie des neuen Gesellschaftsmodells beeinflusst und empfinden die Argumente von Historikern des „Dinnen“ als veraltet und beengt. Solche Gegensätze sind unproduktiv. Es sind ideologisch durchsäuerte wissenschaftliche Wortgefechte, in denen die Nostalgiker des politökonomischen Ancien Régime mit den Protagonisten der neuen Zeit aneinander geraten<sup>61</sup>.

### *Semantischer Wandel der Begriffe*

Wichtiger als diese Konflikte ist es aber, daß die Geschichtswissenschaft in Verbindung mit den benachbarten Geistes- und Sozialwissenschaften alsbald Kriterien der Reflexion über das analytische Instrumentarium entwickelt, wie wir in der Zukunft den Strukturbruch am Ende des Booms und die Entwicklung seither untersuchen können. Wir sind da noch nicht weit gekommen. Nur eines ist sicher: Die geschichtstheoretischen Normen, die seit etwa 1970 in unserem Fach Verbreitung gefunden haben und zeitweilig fast axiomatische Gültigkeit erlangt hatten – der Bezug auf Max Weber etwa und seine auf den Machtstaat und den Anstaltsstaat gestützte Gesellschaftstheorie –, waren an die Geltung des keynesianischen Gesellschaftsmodells gebunden und entwickelten ihre analytische Valenz in diesem Rahmen. Hier hatte die Modernisierungstheorie ihren Ort<sup>62</sup>, und von hier aus wurden auch die größeren Forschungsvorhaben zur Analyse der Nachkriegsgeschichte noch in den neunziger Jahren entworfen, die mit den Begriffen Modernisierung, Westernisierung, Liberalisierung oder Demokratisierung ope-

<sup>61</sup> Programmatisch dazu Jürgen Osterhammel, *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich*, Göttingen 2001; ders./Niels P. Petersson, *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen*, München 2003; Sebastian Conrad/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*, Göttingen 2004; Gunilla Budde u. a. (Hrsg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006. Zur kritischen Reflexion über das Gewicht des alten Paradigmas vgl. Lutz Raphael, *Nationalzentrierte Sozialgeschichte in programmatischer Absicht*. Die Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft“ in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 5–37.

<sup>62</sup> Vgl. Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main, Frankfurt a.M./New York 1991; Hans van der Loo/Willem van Reijen, *Modernisierung. Projekt und Paradox*, München 1992; Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M. 1986; ders./Wolfgang Bonß (Hrsg.), *Die Modernisierung der Moderne*, Frankfurt a.M. 2001; Peter B. Evans/Dietrich Rueschmeyer/Theda Skocpol (Hrsg.), *Bringing the State Back In*, Cambridge 1985; Daniel Yergin/Joseph Stanislaw, *Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 1999.

rierten<sup>63</sup>. Hier wurzelte ganz selbstverständlich ein positiv grundiertes Verständnis von Fortschritt sowie die Überzeugung, daß die Steuerungskompetenz des Staates in der Gesellschaftspolitik das richtige Mittel sei, um das Gemeinwesen nach den Kriterien eines sozialen und liberalen Konsenses im Gleichgewicht zu halten. Zur Analyse der historischen Entwicklung unter den Einflüssen des neoliberalen Paradigmas taugen sie aus genau diesem Grunde nicht. Aber die Einsicht, daß die Gegenwart seit etwa 1975/80 ein anderes epistemologisches Instrumentarium benötigen dürfte als die Epoche des Booms, breitete sich nur sehr zaghafte aus und hat die Geschichtswissenschaft noch kaum erreicht<sup>64</sup>. Deshalb muß es nächst der empirischen Erforschung des Strukturwandels gleichermaßen darum gehen, die Leitbegriffe auf den Prüfstand zu stellen, die in jenen Jahren handlungsbestimmend gewirkt haben. Sie prägten das Bewußtsein der Gesellschaft. Erst wenn der semantische Wandel in Begriffen wie Fortschritt, Moderne, Planung und Konsens, aber auch Markt, Staat und Nationalstaat näher untersucht ist, kann es gelingen, die Brüche und Kontinuitäten im gesellschaftlichen Selbstverständnis zwischen 1970 und der Gegenwart kritisch einzuschätzen. Mit der Historisierung der Boomphase ist unabdingbar die Historisierung der Weltbilder verknüpft, unter deren Einfluß die meinungsprägenden Altersgruppen handelten und urteilten<sup>65</sup>.

<sup>63</sup> Vgl. Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993. Bereits wenige Jahre später war der Begriff „Modernisierung“ durch „die Moderne“ ersetzt worden. Vgl. Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995; Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, mit der Konzentration „auf eine Beschreibung von Veränderungen im Koordinatensystem der Gesellschaftsordnung, die sich nach 1945 in den Westzonen und der Bundesrepublik vollzogen, in den Jahren um 1970 zum Abschluß kamen und das Selbstverständnis der Westdeutschen bis in die Gegenwart geformt haben“, ebenda, S. 7; Ulrich Herbert, *Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, in: Ders. (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, der „Liberalisierung“ als offenen Prozeß betrachtet, wodurch das Geschehen in eine Zukunft ohne Ende hineinzuführen scheint. Siehe zudem Matthias Frese u. a. (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn u. a. 2003.

<sup>64</sup> Vgl. Lutz Raphael, *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorie, Methode, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, München 2003.

<sup>65</sup> Es ist schwerlich ein Zufall, daß in den 1990er Jahren die historische Forschung Problemfelder wie „Planung“, „Konsens“ oder „Nationalstaat“ verstärkt untersuchte, während es in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nicht zuletzt um den Bezug zwischen „Markt und Staat“ sowie zwischen „Modernisierung und Moderne“ ging. Vgl. Winfried Süß, „Wer aber denkt für das Ganze?“ Aufstieg und Fall der ressortübergreifenden Planung im Bundeskanzleramt, sowie Gabriele Metzler, „Geborgenheit im gesicherten Fortschritt“. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: Frese u. a. (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch*, S. 349–377 u. S. 777–797; Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns*; Anselm Doering-Manteuffel, *Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre*, in: Axel Schildt u. a. (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 311–341; Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie*; Eric Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythen und Realität*

Nimmt man dagegen die altetablierten geschichtstheoretischen Normen der modernen Sozialgeschichte, der Alltagsgeschichte und zum Teil auch der Kulturgeschichte, um sie für die Analyse des gegenwartsnahen Geschehens zu nutzen, kann das Ergebnis nur in einem negativen oder kulturpessimistischen Urteil über den sozialgeschichtlichen Prozeß seit 1970 bestehen. Welches erkenntnistheoretische Instrumentarium aber steht statt dessen für diese Aufgabe bereit? Soweit es heute schon erkennbar ist, wird es um semantische Verschiebungen in vertrauten Begriffen gehen, was sich schon um 1980 andeutete, aber noch im Ton der Entrüstung vermerkt wurde<sup>66</sup>.

#### IV. Abschied vom Gestern

Es ist erforderlich, die gegenwartsnahe Vergangenheit strikt zu historisieren, um die Zeit „nach dem Boom“ in den Verlauf des 20. Jahrhunderts einordnen zu können. Der intellektuelle Reiz künftiger Forschung besteht darin, nicht nur das Geschehen darzustellen und zu systematisieren, nicht nur Strukturwandel, Zeitstimmung und die gesellschaftliche Wahrnehmung des Umbruchs zu beschreiben, sondern auch die Verschiebungen auf der Metaebene durch Analyse der epistemologischen Leitbegriffe zu untersuchen. Wir sind vor die Aufgabe gestellt, die Welt, aus der wir kommen, und mithin uns selbst mit all unseren Orientierungsmustern und Ordnungsannahmen in einen geschichtlichen Prozeß einzuordnen, der als abgeschlossen zu klassifizieren ist. Das mag ein ungemütliches Gefühl hervorrufen, weil es auch uns Historiker zwingen wird, die Gegenwart anzunehmen, wie sie ist, und uns nicht mit Wortkaskaden aus dem Gestern von ihr zu distanzieren. Die Erinnerung an eine Welt, die es nicht mehr gibt, und eine Zeit, die in der Vergangenheit ruht, bleibt ja schließlich erhalten.

---

seit 1780, Frankfurt a.M. 1991; Dieter Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000; Rolf-Ulrich Kunze, Nation und Nationalismus, Darmstadt 2005; Heiner Flassbeck, Das Ende von Bretton Woods, oder: Gibt es eine nationale Politik in einer internationalisierten Welt?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2002/1, Berlin 2002, S. 31–48; Zapf (Hrsg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften; Beck/Bonß (Hrsg.), Die Modernisierung der Moderne.

<sup>66</sup> Vgl. den Aufsatz aus dem Jahr 1980 von Jürgen Habermas, Die Moderne – ein unvollendetes Projekt, in: Ders., Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze, Leipzig 1990, S. 32–54.